



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

in dieser Woche hat die Zukunftscoalition aus CDU und GRÜNEN ihren ersten eigenen Haushalt in den nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht. Es ist der richtige Haushalt für herausfordernde Zeiten mit klaren Schwerpunkten bei Kindern, Sicherheit und Zukunft. Schon jetzt plant die Koalition von CDU und GRÜNEN für das kommende Jahr über 37 Milliarden Euro Investitionen in die Bildung – mehr als ein Drittel des Haushalts. Wir werden Alltagshelfern in den Kitas Planungssicherheit geben, die Sprachkitas verlängern, das OGS-Helferprogramm fortsetzen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und in die A13-Besoldung für alle Lehrkräfte einsteigen.

Sicherheit bleibt in unserem Fokus: Wir geben der Polizei weiterhin politische Rückendeckung. Mit uns wächst die Polizei weiter, erstmals gibt es Stellen für 3000 Kommissaranwärter. Sicherheit muss aber auch im Netz gelten. Wir stellen deshalb Cybercops ein, treiben die Digitalisierung der Polizei voran. Kein Krimineller darf sich im Internet sicher fühlen.

Die Wirtschaft haben wir in diesen Krisenzeiten im Blick: Wir fördern Handwerk und Mittelstand mit fast einer Dreiviertelmilliarde Euro. Denn Nordrhein-Westfalen soll das Land bleiben, in dem gehämmert, gebohrt, gesägt und Stahl gekocht wird, wo sich Unternehmertum nicht nur lohnt, sondern auch Spaß macht. Zu diesem Anspruch gehört auch die beste medizinische Versorgung – in der Stadt ebenso wie auf dem Land.

Mehr zum Haushaltsentwurf 2023 habe ich für Sie unten kurz & knapp zusammengefasst ebenso zu den Ergebnissen der Bund-Länder-Konferenz vom vergangenen Mittwoch.

Darüber hinaus durfte ich in dieser Woche wieder in meiner Funktion als integrationspolitischer Sprecher eine Rede halten und die Position der CDU zu einem Antrag der AfD-Fraktion vertreten.

Den Link zur Rede finden Sie am Ende dieser Landtagsschau.

Für Rückfragen und auch Rückmeldungen können Sie sich wie gewohnt jederzeit bei mir melden!

Ihnen nun viel Freude beim Lesen!



IN HERAUSFORDERNDEN ZEITEN SORGEN WIR FÜR STABILITÄT UND SICHERHEIT

Haushaltsentwurf 2023

Die geopolitische Lage und die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa sind aktuell durch große Unwägbarkeiten geprägt. Der Haushaltsplanentwurf für 2023 und die ebenfalls vom Kabinett beschlossene Finanzplanung 2022 bis 2026 tragen diesen besonderen Herausforderungen Rechnung. Bei der Einbringung des Haushalt 2023 waren wesentliche Parameter – anders als üblicherweise zu diesem Zeitpunkt – noch völlig unklar. Dies betrifft sowohl die Einnahmeseite als auch in erheblichem Umfang die Ausgabenseite. Hiermit müssen wir seriös und verantwortlich umgehen. Daher haben wir einen Basishaushalt vorgelegt, der sich auf das Wesentliche konzentriert, die wichtigen Themen aber nicht aus dem Blick verliert.

Fakt ist, dass Putins Angriffskrieg auf die Ukraine, die Klimakrise, die Corona-Pandemie – die Krisen unserer Zeit mit all ihren Folgen Nordrhein-Westfalen auch im Jahr 2023 weiter vor große Herausforderungen stellen werden. CDU und Grüne packen trotz aller Unwägbarkeiten jetzt das an, was essentiell ist, und setzen dabei wie beim Nachtragshaushalt den Fokus auf Investitionen in Bildung, Klimaschutz, Sicherheit, Infrastruktur sowie die Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine.

5 FAKTEN ZUM ENTWURF DES HAUSHALTSPLANS 2023

1. 93 Mrd. Euro Gesamtvolumen

2. 37 Mrd. Euro für bessere Bildung

Wir werden Alltagshelfern in den Kitas Planungssicherheit geben, die Sprachkitas verlängern sowie das OGS-Helferprogramm fortsetzen, um so für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen

3. 6 Mrd. Euro für mehr Innere Sicherheit

Mit uns wächst die Polizei weiter, erstmals gibt es Stellen für 3000 Kommissaranwärter. Sicherheit muss aber auch im Netz gelten. Wir stellen deshalb Cybercops ein, treiben die Digitalisierung der Polizei voran. Kein Krimineller darf sich im Internet sicher fühlen.

4. 700 Mio. Euro u.a. für die Reform der Lehrkräftebesoldung und Klimaschutzinvestitionen

5. 0 Euro Neuverschuldung

Für uns als Zukunftskoalition war dabei klar, dass wir mögliche Lücken im Entlastungspaket III identifizieren und diese mit einem eigenen NRW-Entlastungspaket füllen werden, um den Menschen und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu helfen, die besonders unter der Inflation leiden. Da es mit Blick auf das Entlastungspaket III nun endlich Klarheit zwischen Bund und Ländern bezüglich der Lastenverteilung gibt, wird NRW ein ergänzendes Hilfspaket im Umfang von 3,5 Mrd. Euro auf den Weg bringen.

Bei dem von Ministerpräsident Hendrik Wüst angekündigten Drei-Säulen-Plan geht es in der ersten Säule um Hilfen für diejenigen, die trotz der Gas- und Strompreisbremse weitere Hilfen brauchen, wie beispielsweise Sportvereine und Einrichtungen für Kinder, damit die im Winter weiter geöffnet bleiben können.

Die zweite Säule sieht Verbesserungen der Krisenresilienz vor, um uns als Staat auf alle Eventualitäten besser vorzubereiten. Bei der dritten Säule geht es insbesondere um Investitionen in eine stärkere energiepolitische Unabhängigkeit und damit in Krisenvorsorge.



Mit diesem Hilfspaket, den Anteilen an den Entlastungspaketen I-III sowie verschiedenen anderen Maßnahmen gehen wir fiskalisch bis an die Schmerzgrenze, um in der Krise zu helfen. Es handelt sich um 14,43 Milliarden Euro zur Überwindung der Krise, die wir jetzt bereitstellen, damit die Menschen in unserem Land nicht Opfer von Putins Aggression werden.

14,43 MRD. EURO FÜR DEN ZUSAMMENHALT IN UNSERER GESELLSCHAFT

NRW-Anteil an den Entlastungspaketen I & II:	430 Mio. Euro
NRW-Anteil am Entlastungspaket III:	3 Mrd. Euro
Rettungsschirm des Landes für Stadtwerke:	5 Mrd. Euro
Landeshilfen für die Universitätskliniken:	2,5 Mrd. Euro
NRW-Drei-Säulen-Hilfspaket:	3,5 Mrd. Euro
	14,43 Mrd. Euro

ERGEBNISSE DER BUND-LÄNDER-KONFERENZ

Energiepreisbremsen:

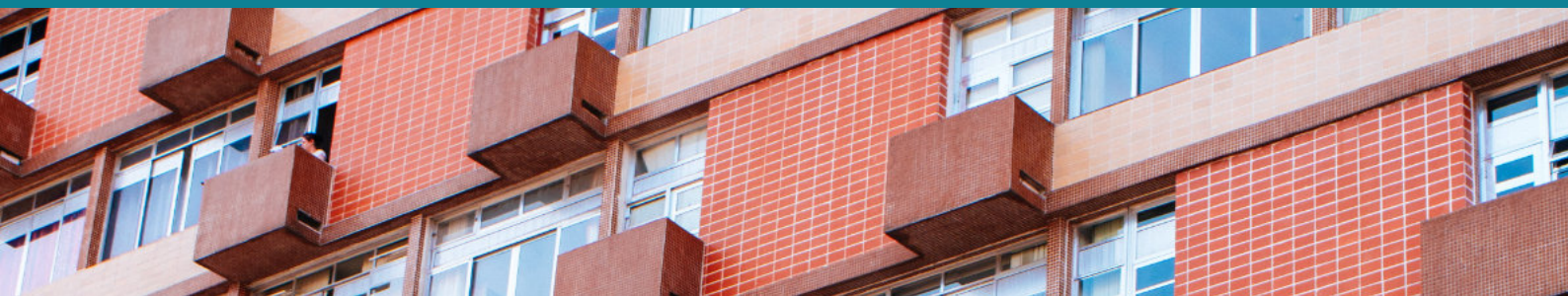
Haushalte sollen beim Gas nicht mehr als 12 Cent pro Kilowattstunde zahlen müssen. Außerdem wird der Strompreis ab Anfang kommenden Jahres bei 40 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt. Die Deckelungen bezieht sich dabei jeweils auf 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs. Die Gaspreisbremse soll zum 1. März eingeführt werden. Zum 1. Februar wird eine Rückwirkung angestrebt. Die Länder konnten sich leider nicht damit durchsetzen, die „Winterlücke“ zwischen Dezemberabschlag und März zu schließen und auch für die Privatkunden eine Preisbremse schon ab Januar zu erreichen. Beim Strom soll die Bremse ab 1. Januar gelten; beide sollen bis April 2024 laufen.

Diese Regelungen gelten für Verbraucher mit einem Jahresverbrauch von unter 1,5 Gigawatt, also neben Privathaushalten auch für kleine und mittlere Unternehmen sowie Vereine.

Für Industrieunternehmen finanziert der Bund eine Gaspreisbremse ab Januar 2023 bis April 2024. Für ein Gas-Grundkontingent von 70 Prozent des historischen Verbrauchs der Unternehmen werden dadurch die Gaskosten auf sieben Cent pro Kilowattstunde (netto) reduziert. Beim Stromverbrauch wird der Preis für Industrieunternehmen bei 13 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt – ebenfalls für 70 Prozent des Vorjahresverbrauchs.

49-Euro-Ticket:

Bund und Länder haben sich auf eine Nachfolge für das Neun-Euro-Ticket im Nahverkehr geeinigt. Das bundesweit gültige „Deutschlandticket“ soll 49 Euro kosten. Bund und Länder stellen zur Finanzierung jeweils 1,5 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Zudem zahlt der Bund eine Milliarde Euro jährlich an Regionalisierungsmitteln.



Unterbringung von Geflüchteten:

Für das laufende Jahr will der Bund zusätzliche 1,5 Milliarden Euro für die Versorgung von Geflüchteten unter anderem aus der Ukraine zur Verfügung stellen. Bisher hatte der Bund 2 Milliarden Euro zugesagt. Für 2023 sollen noch einmal 1,5 Milliarden Euro für die Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen kommen. 1,25 Milliarden Euro soll es für Menschen aus anderen Ländern geben.

Wohngeld-Reform:

Bund und Länder teilen sich die Kosten für die geplante Reform des Wohngelds. Es bleibe dabei, dass die staatliche Hilfe für Geringverdiener zur Hälfte von den Ländern finanziert werde. Der staatliche Mietzuschuss soll zum 1. Januar reformiert und um durchschnittlich 190 Euro pro Monat steigen. Außerdem soll er an 1,4 Millionen Bürger mehr gezahlt werden als bisher. Es geht um Kosten von 5,1 Milliarden Euro

Mit freundlichen Grüßen

Meine Rede finden Sie hier:



Einfach auf das Handy klicken, um zu meiner Rede zu gelangen.